

## 2 1880-1890: Steiler Aufstieg unter Bismarck

### 2.1 Im Reichsjustizamt; die Taufe

Ob nun im Repetitorium oder im Vorbereitungskurs zum Diplomatexamen, Bismarcks zweiter Sohn Wilhelm hatte also Kayser als Juristen kennen und schätzen gelernt.\* Da er 1879-81 als Hilfsarbeiter bei dem Statthalter Edwin von Mantuffel in Elsaß-Lothringen tätig war, mögen sich erneut fachliche Berührungspunkte mit Kayser als dem ausgewiesenen Fachmann für Fragen des Reichslandes ergeben haben. Er brachte Kaysers Karriere im Reichsdienst in Gang.

Kayser hat über 100 Briefe Wilhelm von Bismarcks aufbewahrt. Dieser redete ihn an mit: „*môn chér, Verehrtester Herr Doktor, Geliebter Kollege, Geliebtester, Geliebter, Mein lieber Kayser.*“ Wilhelm war der jüngste seiner Geschwister. Kayser in der Rolle des älteren, Wilhelm der des jüngeren Bruders, das paßt psychologisch gut zusammen: Nachdem Kayser ihm eine Ampel geschenkt hatte, bedankte er sich am 25. 8. 1886: „Sie wird mein Äußeres erleuchten und mir eine angenehme Erinnerung davon sein, wie Sie mein Inneres mit Licht und Klarheit erfüllt haben.“ – In diesen Briefen ließ auch der Reichskanzler selbst Aufträge an Kayser übermitteln, der ab Sommer 1888 in Berlin als stellvertretender Leiter der Reichskanzlei bei Bismarcks häufigen und langen Abwesenheiten die Stelle hielt.

Ein persönlicher Briefwechsel mit Herbert von Bismarck liegt dagegen nicht vor. Das BERLINER TAGEBLATT schrieb am 19. 12. 1891 von einem „früher bestandene[n], nicht allzu freundliche[n] Verhältnis zwischen dem Grafen Herbert Bismarck und dem Dr. Kayser“. Kayser selbst vermutete damals, ein im Ausland veröffentlichter Artikel gegen ihn als angeblichen Verräter an Bismarck sei von Herbert lanciert worden (siehe S. 104); 1896 vermutete er Gegnerschaft in der konservativen Partei nicht nur wegen Peters, sondern „dahinter Herbert mit dem Bund der Landwirte“.<sup>1</sup> – Herbert von Bismarck war sehr antisemitisch eingestellt: nach den verlorenen Reichstagswahlen vom 27. 10. 1881 ärgert er sich darüber, daß „die Rührigkeit und enormen Geldbeiträge sämtlicher deutscher Juden gegen die Regierung ins Feld geführt“ worden seien. „Das jüdische Geld u. die fortschrittliche Mache“ hätten sich zusammengetan, weil die neue Politik „zu einem Kampfe gegen „ihre dominierende Stellung im Staats- und öffentlichen

---

\* Wilhelm von Bismarck-Schönhausen, 1852-1901, 1881 Hilfsarbeiter der Reichskanzlei, 1884 Vortragender Rat im preußischen Staatsministerium, 1885 Landrat in Hanau.

## 2 Aufstieg unter Bismarck

Leben“ führe, ihrer „Beherrschung der Gesetzgebung u. der öffentlichen Meinung.“<sup>2</sup>

Am 1. April 1880 wurde Kayser erst *kommissarischer Sachbearbeiter* für Elsaß-Lothringen, dann Anfang 1881 unter Beförderung zum Wirklichen Regierungsrat *ständiger Mitarbeiter* im Reichsjustizamt.

Das Reichsjustizamt war erst am 1. 1. 1877 aus der Justizabteilung des Reichskanzleramts hervorgegangen. Der Direktor hatte sechs vortragende Räte unter sich, zwei ständige und dazu noch 1-2 kommissarische Hilfsarbeiter. Die Arbeitsatmosphäre wird als vergleichsweise liberal beschrieben. Zweimal wurden sogar Katholiken Direktoren.\* Man bereitete die Gesetzentwürfe der Regierung vor und gab Gutachten zu Rechtsfragen ab. Anfangs war man außerdem für die Justizverwaltung von Elsaß-Lothringen zuständig. Das war 1979 mit den Einführungsgesetzen weggefallen. Da mittlerweile auch die großen Arbeiten an den Reichsjustizgesetzen abgeschlossen waren, hatte der erste Amtsleiter Friedberg<sup>†</sup> sogar Angst um den Fortbestand des Amtes.<sup>3</sup>

Kurz vor Kaisers Amtseintritt hatte Bismarck mit der Wendung zur Schutzzollpolitik einen radikalen innen- und außenpolitischen Kurswechsel vollzogen. Nicht alle Liberalen wollten sich dem neuen *Bündnis von Roggen und Eisen* preisgeben. Am 20. 8. 1880 spalteten sich die „Sezessionisten“ ab, unter ihnen an führender Stelle der damalige Reichstagspräsident Max von Forckenbeck, mit dem Kayser 1882 im „Tana-Komitee“ zusammenarbeiten sollte. In den Reichstagswahlen 1881 hatte Bismarck die Mehrheit verloren. Die Zustimmung der Liberalen zur Reichsgründung hatte er mit dem Allgemeinen, Freien und Geheimen Wahlrecht für den Reichstag erkaufen müssen, das jetzt den „Staatsfeinden“, den Katholiken, Welfen, Polen, Dänen, Elsässern und Sozialdemokraten, zugute kam. Immer wieder gab es Gedankenspiele, daran etwas grundsätzlich zu ändern.

Eine damals von Bismarck verfolgte Idee war es, die gesellschaftlichen Kräfte in Vereinigungen zu bündeln, damit sich der Staat mit diesen direkt ohne Umweg über die Parteien auseinandersetzen könne. In der im Reichstag am 17. 11. 1881 verlesenen Kaiserlichen Botschaft wurde das Ziel unverblümt ausgesprochen: *die realen Kräfte des Volkslebens* [also nicht die Berufspolitiker und Bürokraten in den Parlamenten!] sollten „in der Form korporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Förderung“ zusammengefaßt werden. Mit diesem „Staatssozialismus“ wurde auch eine verstärkte staatliche Aufsicht auf Banken und Wirtschaft angestrebt. Hiermit scheiterte Bismarck: zwar gelang es ihm, in Preußen einen „Volkswirtschaftsrat“ zu bilden, der am 27. 1. 1881 zum ersten Mal zusammen trat, doch im Reichstag wurden ihm bei zwei Anläufen die Mittel verweigert.<sup>4</sup> Das aber zum Teil bereits genossenschaftlich or-

\* Eduard Hanauer 1892-1893; Arnold Nieberding 1893-1909

† Heinrich von Friedberg, 1813-1895, 1876-1879 Staatssekretär im Reichsjustizamt, 1879-1889 preußischer Justizminister, in beiden Stellungen gefolgt von Schelling

ganisierte Sozialversicherungssystem blieb die bedeutendste Hinterlassenschaft der Bismarck-Zeit, heute noch Grundlage für das deutsche Modell der „Sozialen Marktwirtschaft“. Damals kämpften seine liberalen Gegner dagegen: Wie im Alten Rom wolle Bismarck durch solche Wohltaten *den Pöbel bestechen* und erspare es der Großindustrie, die Arbeiter besser zu bezahlen, damit diese sich die Versicherungen aus eigenen Mitteln leisten könnten.

An diesen Vorhaben arbeitete Kayser im Reichsjustizamt mit. Zunächst ging es um die Novellierung der Gewerbeordnung, die nach Beratung zweier Entwürfe im Reichstag eingebracht und am 1. 7. 1883 beschlossen wurde. Die Gewerbeordnung enthielt zahlreiche Bestimmungen zum Arbeiterschutz, sodaß es gute Gründe für Holstein und Eulenburg gab, 1890 in solchem Zusammenhang an Kayser heranzutreten (siehe S. 60).

Die Gewerbeordnung ist in den Grundzügen bis heute gültig geblieben. Kayser war im Reichs-Justizamt für den Entwurf Korreferent<sup>5</sup> und hielt in der Berliner Juristischen Gesellschaft darüber einen Vortrag:

- Regierungsrat Dr. Kayser 19. 1. 1884:  
*Der staatsrechtliche und zivilrechtliche Inhalt der Gewerbe-Ordnung*

und schrieb das *weit beachtete Sammelwerk*:

- *Gewerbe-Ordnung für das Deutsche Reich, erläutert von Paul Kayser*, Berlin 1884,

die 1888 in zweiter und sogar noch nach seinem Tod – gänzlich umgearbeitet – 1901 in dritter Auflage erschien, dazu einen Anhang für Preußen:

- *Die in Preußen bezüglich der Gewerbe-Ordnung häufigen zur Anwendung gelangenden Bestimmungen*, Berlin 1888.

In mehreren Einzelverordnungen\* mußte sie im „Reichsland“ Elsaß-Lothringen eingeführt werden. Auch hier waren Kaysers Spezialkenntnisse hochwillkommen; er publizierte das:

- *Einführungsgesetz für Elsaß-Lothringen und die an Stelle von Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung oder neben denselben in Geltung verbliebenen landesgesetzlichen Vorschriften*, Berlin 1888.

In der „Gründerkrise“ von 1873, einer weltweiten Wirtschaftskrise, war es zu zahlreichen Mißbräuchen gekommen; die Manipulation von Börsenkursen und die Herausgabe betrügerischer Aktienprospekte gab es schon damals genauso wie heute. Es wurden Revisionen des Genossenschaftsgesetzes von 1868 und des 1870 gerade novellierten Aktiengesellschaftsrechts verlangt.

---

\* z. B.: Approbationsordnung für Ärzte und Apotheker (17. 3. 1884), Aufsicht über Dampfkessel (3. 11. 1884)

## 2 Aufstieg unter Bismarck

Für Bismarcks staatssozialistische Absichten war eine Neuregelung des Genossenschaftswesens unabdingbar; in der *hybriden Wirtschaftsform* der Genossenschaft können sich auch kleine Firmen trotz ihrer gegenseitigen Konkurrenz durch begrenzten Zusammenschluß gegen die Großkonzerne behaupten. Als Redakteur des Entwurfs wird bis zum Ende des Jahres 1883 Paul Kayser genannt. Das Gesetz trat nach einigen Verbesserungsvorschlägen und langer Diskussion 1889 in Kraft und gilt als Jahrhundertwerk. Es wird als „feingespunnen, sorgfältig austariert, ja eigentlich geniales Regelwerk“ gerühmt.<sup>6</sup>

Noch stärker trat Kayser beim neuen Aktiengesellschaftsrecht in Erscheinung. Auch von diesem Gesetz sind Teile immer noch in Kraft und fanden sogar Eingang in die europäische Gesetzgebung. Zum Schutze des Kleinaktionärs wurden neue Gesichtspunkte entwickelt: die Abgrenzung der Haftung von Anteilseigner, Aufsichtsrat und Vorstand, die Rechte des Aktionärs und der Hauptversammlung, die Unterscheidung von haftendem Eigenkapital und Nominalkapital usw.. Ein erster Entwurf wurde von den Referenten Deegen und Kayser am 23. 6. 1880 vorgelegt und in einer Sachverständigenkommission vom 24. 3. 1882 bis zum 8. 4. 1883 beraten. Teilnehmer und zugleich Schriftführer in den 114 Sitzungen war der Regierungsrat Dr. Kayser.<sup>7</sup> Bei der ersten Lesung im Reichstag am 24. 3. 1884 war er zum ersten Mal als Bevollmächtigter des Bundesrats zugegen.<sup>8</sup> Die zweite Lesung am 23. 6. wurde durch eine Kommission vorbereitet, die in 22 Sitzungen tagte; auch an diesen nahm Kayser teil.

In drei Auflagen von 1884 bis 1901 erschien Kayzers „allgemein geschätzter“<sup>9</sup> Kommentar:

- *Gesetz betreffend die Kommanditgesellschaften auf Aktien u. die Aktiengesellschaften vom 18. Juli 1884: Mit Erläuterungen.*

Kayser erhielt die Vorgaben von oben, aber die Ausgestaltung war dann seine Sache; sicher stand er mit dem Herzen dahinter, wenn er sich später solche Mühe mit den Kommentaren machte. Bismarck ging es auch darum, durch eine fortschrittliche Sozialpolitik den Sozialdemokraten den Boden zu entziehen. Kayser war ein Experte für diese für jedes moderne kapitalistische Staatswesen grundlegenden Gesetze geworden, denen man noch das *Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung* vom 20. 04. 1892 hinzufügen muß, dessen Urheber Kayzers Freund Oechelhäuser war (siehe S. 59). In diesen Gesetzen wurzelt bis heute die wirtschaftliche Stärke Deutschlands, die in Form der GmbH eine risikolose Firmengründung erlaubt, diesen Kleingesellschaften dann den Zusammenschluß zu Genossenschaften ermöglicht, und so dem Mittelstand Schutz gegen das Großkapital bietet. Daß Eulenburg Anfang 1890 auf Kayser zurückgriff und ihn Seiner Majestät am 7. 2. 1890 nach den „Arbeiterlassen“ als „unzweifelhaft die orientierteste und vielwissendste Persönlichkeit“ in den Ministerien empfahl: „einen gewandteren Mann, einen der gründlichere Kenntnisse

hätte, fänden Euere Majestät überhaupt nicht“, hatte hierin seinen nachvollziehbaren Grund.

Außerdem gab Kayser 1884 zusammen mit dem Regierungsrat Franz Caspar\* aus dem Reichsamt des Inneren ein

- *Archiv für Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung im Deutschen Reiche und in Preußen*

heraus. Dessen erster Band 1884 umfaßte ohne Register 811 Seiten, darin stammten nur die Seiten 34-84 von Caspar, alles Andere von Kayser. – Dies „Archiv“ erschien nur einmalig im Jahre 1884 und wurde dann eingestellt. Caspar war später ein herausragender Vertreter des *Neuen Kurses*.

Der Völkerrechtler von Kirchenheim† gab von 1881 bis 1913 ein „Zentralblatt für Rechtswissenschaft“ heraus. Unter den Mitwirkenden des Herausgebers wird in den Jahrgängen 1881-1889 neben Stobbe, von Holtzendorff und anderen auch Kayser genannt. Er bespricht französische und italienische Werke aus dem Wirtschafts- und Handelsrecht, stellt den Entwurf des neuen Aktiengesellschaftsgesetzes vor, bespricht aber auch ein Werk, das die Entmündigung von Geisteskranken behandelt.

Die enge Verbindung zu von Holtzendorff zeigte sich 1882 noch einmal, als dieser ihn um Mitarbeit bei einem völkerrechtlichen Handbuch bat. Es ging um „Die Stellung der Staatsgewalt zu Fremden in völkerrechtlicher Hinsicht“, um Exterritorialität und Gesandtschaftsrecht, darunter eine so komplizierte Fragestellung wie der Schadenersatz, wenn der Staat im Ausland konsularische Rechtshilfe verweigert.<sup>10</sup> Holtzendorff informierte ihn dabei auch über den finanziellen Stand der von ihm gegründeten Bluntschli-Stiftung für Arbeiten aus dem Staats- und Völkerrecht. Kayser gehörte mit zahlreichen prominenten Juristen aus In- und Ausland zu den Fördermitgliedern.<sup>11</sup> – Der Schweizer Völkerrechtler und Politiker Bluntschli war ein liberaler Kampfgefährte Holtzendorffs im Deutschen Protestantenverein gewesen, wie dieser ein Pionier auf dem Gebiet des Völkerrechts, zudem führend im „Kulturkampf“.

Kayser war also aufgrund seiner brillanten Fähigkeiten in kurzer Zeit ein bedeutender Verwaltungsjurist und Berater der Regierung geworden. Varnbüler hatte behauptet, nur die Protektion „der Familie Bismarck“ habe Kayser trotz seines damaligen Judentums diese Karriere ermöglicht. Tatsache ist, daß ihm Wilhelm von Bismarcks am 14. 10. 1885 schrieb: „Dass Ihr Judentum seinerzeit gerade für den ängstlichen Friedberg in jeder Beziehung ein Hindernis war, wird

\* Franz Erich Caspar, 1849-1927, Jude, 1861 Regierungsrat im Reichsamt des Inneren, 1885-1889 im Reichsversicherungsamt, 1919 Staatssekretär des Reichsarbeitsamts

† Arthur von Kirchenheim, 1855-1924, Professor in Heidelberg, Verwaltungs-, Straf- und Völkerrecht, engagiert bei der Reform des Irrenrechts (Entmündigungen etc.)

## 2 Aufstieg unter Bismarck

Ihnen so bekannt sein, wie mir; es hat mir seinerzeit Schwierigkeiten gemacht, etwas für Sie rauszuschlagen.“

Friedberg war selbst Jude, aber mit 16 Jahren zum Protestantismus übergetreten. Er war seit 30. 10. 1979 nicht mehr Direktor des Reichsjustizamtes, sondern Justizminister in Preußen, blieb aber im Bundesrat Leiter des Justizausschusses. Als solcher, aber auch als preußischer Justizminister, hatte er mit der Ernennung Kaysers zu tun. Er wird als farblos und „zurückhaltend“ beschrieben. Der Grund für Friedbergs Versetzung nach Preußen sei gewesen, daß er als Liberaler Bismarcks „Staatssozialismus“ nicht habe mittragen wollen; so lehnte er auch das neue Aktiengesellschaftsgesetz ab. Sein Nachfolger im Amt war Schelling, von dem zumindest aus späterer Zeit eine massive antisemitische Einstellung bekannt ist.<sup>12</sup> Kayser wurde jedenfalls in einem günstigen Moment kurz nach dem Ausscheiden Friedbergs in das Amt gebracht.

Die „Ängstlichkeit“ Friedbergs bei der Ernennung eines Juden dürfte sich auch auf die allgemeine politische Lage bezogen haben: Der moderne Antisemitismus, gerade erst entstanden, erlebte damals seinen ersten Höhepunkt. Die Krise der Gründerzeit mit dem Beginn der weltweiten „Großen Depression“ hatte zahlreiche Kleinanleger um ihr Geld gebracht. Otto GLAGAU hatte erst 1873 in der „Gartenlaube“ über den „Börsen- und Gründungs-Schwindel“ geschrieben, dann einen Bestseller daraus gemacht.<sup>13</sup> Nicht die unkontrolliert agierenden Banker waren schuld, nein, Glagau ging den Dingen auf den Grund: die Börsianer, die Makler waren zu 80% jüdisch; also: die Juden waren schuld! Es bildeten sich antisemitische Vereinigungen, unter denen die christlich-soziale Bewegung des Hofpredigers Stoecker besonders hervortrat.\* 1879 machte der führende deutschnationale Historiker Treitschke den Antisemitismus an den Universitäten salonfähig („Die Juden sind unser Unglück.“). Die „Antisemitenpetition“ forderte, die staatsbürgerliche Gleichstellung der Juden zurückzunehmen. Dagegen wandte sich im „Berliner Antisemitismusstreit“ unter Führung Mommsens und Forckenbecks die liberale Öffentlichkeit. Die in der „Nationalzeitung“ am 14. 11. 1880 veröffentlichte „Notabeln - Erklärung“ gegen die „Wiederbelebung eines alten Wahns“ wurde von 75 tonangebenden Repräsentanten des deutschen Geisteslebens unterzeichnet, unter diesen auch Kaysers Hausarzt, der berühmte Geheime Sanitätsrat Körte.<sup>14</sup>

Bismarck suchte vorübergehend die antisemitische Strömung für seine eigenen Zwecke zu nutzen und ließ Stoecker anfangs gewähren.<sup>15</sup> Im Rahmen seiner „Purifizierung“ bekämpfte er jetzt entschieden liberale Ansichten: unter den Geheimräten im Reichsjustizamt sei nur ein einziger Konservativer! „Im Oktober 1883 verlangte er, vor der Einberufung von Hilfsarbeitern, die als zukünft-

\* Adolf Stoecker (1835-1909), Hofprediger 1874-1890, im Reichstag 1881-1893 (christlich-soziale) und 1898-1908 (deutsch-konservative Partei), heftiger Antisemit; sozialpolitisch aktiv in der „christlich-sozialen Bewegung“

tige Vortragende Räte vorgesehen seien, seine Genehmigung einzuholen und dem entsprechenden Antrag ein Urteil über deren bisherige politische und wirtschaftspolitische Haltung beizufügen. Nicht ganz zwei Jahre später forderte er, daß die Vergangenheit der in Betracht kommenden Persönlichkeiten „vollständig einwandfrei sein müsse.“<sup>16</sup>

Ob er dabei an Kayser gedacht hatte? Aber auch andere ständige Hilfsarbeiter stiegen wie er zu vortragenden Räten auf. Jedenfalls hatte Kayser seinen sicheren Posten als preußischer Landgerichtsrat zugunsten einer Karriere als Reichsbeamter aufgegeben. 1875 hatte er nach der Zeit im Reichsland wieder in den preußischen Staatsdienst zurückkommen können; ob dies in dieser antisemitischen Atmosphäre auch ein zweites Mal möglich gewesen wäre? Wie er immer wieder klagte, hatte er viele familiäre Lasten zu tragen. Wie mag er damals empfunden haben? Hatte er 1879 voraussehen können, welcher Graben sich nun zwischen Bismarck und dem linken Flügel der Liberalen auftat? Er bewegte sich in der freisinnigen Szene. Damit gehörte er nicht zu den Beamten, deren Gesinnung *vollständig einwandfrei* war:

Sein juristischer Mentor war von Holtzendorff, der im Sensationsprozeß gegen Graf von Arnim in erster Instanz am 14. 12. 1874 als Verteidiger auftrat. Arnim\* war zusammen mit Bismarck Unterzeichner des Friedensvertrages 1871, danach Botschafter in Paris und wurde zeitweise als Alternative zu Bismarck angesehen. Im Machtkampf mit Bismarck ließ ihn dieser wegen Eigenmächtigkeiten nach Istanbul strafversetzen; Arnim hatte amtliche Unterlagen in seinem persönlichen Besitz behalten. Bismarck ließ ihn deshalb verhaften und wegen Landesverrats anklagen; Arnim wurde aber in erster Instanz freigesprochen. Holtzendorffs Rechtsauffassung hatte sich durchgesetzt, daß nämlich diese Unterlagen keine dem Amtsgeheimnis unterliegenden „Urkunden“ im Sinne des Gesetzes darstellten. Bismarck ließ diese Gesetzeslücke sofort am 26. 2. 1876 durch den berühmten „Arnim - Paragraphen“ (STGB § 353 a: Vertrauensbruch im Auswärtigen Dienst) schließen, der bis heute in Kraft ist.

Holtzendorff publizierte über den Prozeß und machte sehr deutlich, daß er „auch die gefährdete Selbständigkeit des Strafgesetzes gegenüber den Ansturm der politischen Motive“ verteidigte; gegen Arnim sei eine „politische Todeserklärung“ ergangen und er habe „die Gefahr einer nach dem bestehenden Gesetze ungerechten Verurteilung“ befürchtet; der Gang der Voruntersuchung habe „in weiten Kreisen Süddeutschlands tiefe Bestürzung hervorgerufen“.<sup>17</sup> Holtzendorff trat in vielen Fragen als liberaler Jurist hervor und war auch ein entschiedener Gegner der von Bismarck 1870 durchgesetzten Todesstrafe. Mit Bismarcks Intimfeind, dem Freisinnigen Virchow, war er befreundet.

---

\* Harry Graf v. Arnim-Suckow, 1824-1881, Diplomat, nur weitläufig verwandt mit Kaysers späterem Gegner Graf von Arnim-Muskau.

## 2 Aufstieg unter Bismarck

„Wegen idealistischer Überschätzung der Mission der Justiz“ hatte Bismarck im Januar 1880 eine Übernahme des Hanseatischen Oberlandesgerichtsrates Mittelstaedt in das Reichsjustizamt abgelehnt. Mittelstaedt hatte zum Arnim-Prozess geschrieben, er habe als Jurist „kaum den Wunsch zurückhalten können, die Politik hätte die Justiz nicht so oft in ihren Dienst zu ziehen nötig befunden“ und kritisiert, „daß der „Reichskanzler für politische Strafprozesse so häufig prädisponiert“ sei. Bismarck sah diese Auffassung als „Krankheit des heutigen Richterstandes“ an. Gerechtigkeit vermöge nur Gott zu üben; „ich sehe nicht ein, warum ein richterlicher Beamter des Staates an sich das Präjudiz <gerecht> zu handeln in höherem Maße für sich haben sollte, als ein Regierungsrat, Diplomat, Postdirektor oder Major.“<sup>18</sup>

Wie sich Kayser dabei fühlen mochte, von dem man kaum annehmen kann, er habe die grundsätzliche politische Wendung 1879 in ihren Weiterungen überblicken können oder sei vor seinem Amtsantritt über solche Interna des Amtes orientiert gewesen? Wenn es Mittelstaedt schon so gegangen war, wie würde Bismarck erst mit ihm verfahren, wüßte er um Kaysers freisinnige Umgebung und gäbe es irgendeinen Grund zur Klage? Mittelstaedt ging stattdessen 1881 an das Reichsgericht. Wie dieser es umgekehrt empfunden haben mag, daß er ob seiner Gesinnung abgelehnt, stattdessen der als Liberaler hervorgetretene Kayser eingestellt wurde und welche Klischees (*treulos* unaufrichtig und rückgratlos, *bedenkenlos ehrgeizig, kriecherisch anpasserisch*) womöglich angesprochen waren? Er war jedenfalls Kaysers entschiedener Gegner, als sich dieser nach seinem Rücktritt zum Senatspräsidenten am Reichsgericht ernennen ließ, und ließ sich unmittelbar vorher am 1. 10. 1896 pensionieren (siehe S. 250).

Unter den Mitgliedern der Juristischen Gesellschaft Berlin waren Gneist und Gierke\*, die in Eisenach den „Verein für Sozialpolitik“ mit begründet hatten. Zu diesen „Kathedersozialisten“ gehörte auch Julius Baron. In den von Holtzendorff zusammen mit Virchow herausgegebenen „*Deutsche Zeit- und Streitfragen*“, in denen wir auch Paul Kayser mit dem Zeugniszwang fanden, erschien im Januar 1877 unmittelbar nach den Reichstagswahlen ein Aufsatz Barons über „*Angriffe auf das Erbrecht*“.

Die erstmals vereint auftretenden sozialistischen Parteien hatten ihren Stimmenanteil verdoppelt. Sie forderten die Abschaffung des Erbrechts, da es nur der besitzenden Klasse diene. „Auf ausdrücklichen Wunsch des Herausgebers“ lieferte Baron in kürzester Zeit eine wissenschaftliche Stellungnahme: Nach römischem Recht sei das Erbgut Vermögen aus dem Alleinbesitz des Erblassers, nach dem germanischen erhalte der Erbe eigentlich nur die Verfügungsgewalt über das Sippenvermögen. Beide Gesichtspunkte hätten sich im Laufe der Geschichte

---

\* Otto Friedrich von Gierke, 1841-1921, Rechtshistoriker und „Germanist“, 1867 über das Genossenschaftsgesetz habilitiert



aufgelöst. Es sei daher notwendig, das Erbrecht wieder mit einem „juristischen Idealismus“ zu begründen. Das Thema erregte Baron so, daß er gleich dreimal in der Juristischen Gesellschaft Berlin darüber vortrug.<sup>†</sup> Kayser eiferte diesem Onkel nach, wurde Jurist wie dieser, war an den gleichen rechtsgeschichtlichen Themen interessiert, traf ihn in der Juristischen Gesellschaft, ja, er versuchte ihm später mehrfach durch seine Protektion zu helfen.<sup>19</sup> Es wäre sehr unwahrscheinlich, sollte Kayser politisch völlig anders gedacht haben.

Eulenburg schrieb am 10. 3. 1890 nicht ohne Grundlage an Wilhelm II., Kayser sei „nach der liberalen und weltbeglückenden Seite ein klein wenig Durchgänger.“<sup>20</sup>

Baron wandte sich, kaum daß Kayser im Reichsjustizamt angestellt war, direkt an Bismarck. Wilhelm von Bismarck gab dies an Kayser am 21. 4. 1881 weiter: „Ihr Onkel aus Greifswald hat eine Denkschrift über Erbschaftssteuer eingereicht. An sich ist die Sache ja ganz schön. Wir können aber den Kuchen nicht von allen Seiten gleichzeitig aufschneiden“, wo man sowieso gerade [es ging um die Reform der Reichsfinanzen] das Verhältnis der direkten zu den indirekten Steuern verändere. „Jetzt müssen wir die ganze Kraft auf ein Ziel hinsteuern. Sie sagen das vielleicht gelegentlich Ihrem Herrn Onkel.“

Nicht nur die Nähe zu von Holtzendorff und Baron, auch die zu Forckenbeck konnte ihn verdächtig machen: Kayser war 1882, offenbar ganz aus persönlicher Begeisterung, in das „Tana-Komitee“ eingetreten, das im „Witu-Land“ (an der Küste Kenias Richtung Somalia) eine deutsche Kolonie gründen wollte.<sup>21</sup> Vorsitzender war der „Sezessionist“ Max von Forckenbeck, zeitweise während der liberalen Hoffnungen der „Kronprinzenpartei“ als Alternative zu Bismarck gehandelt. Kayser wurde sein Stellvertreter.

Aus früheren Jahren sind keine persönlichen Briefe erhalten, aber ab jetzt belegen sie eine dauernde Klage über seinen allgemeinen Gesundheitszustand, über nervöse Unruhe und Schlaflosigkeit. Bei Tschirschky steht: „Sie schreiben ja wirklich fast fortwährend von Ihrem baldigen Scheiden, als wären Sie schon mit einem Fuße im Grabe. Sollten sie, unter der allzu großen Arbeitslast, zur Hypochondrie neigen, so ist dies ja oft die Folge der Überlastung. Arbeiten Sie nicht zu viel. Es dankt Ihnen später kein Mensch.“<sup>22</sup> Die Freunde vermuteten als Ursache neben der Arbeitslast auch mangelnde sexuelle Entspannung. In diesem Brief hieß es nämlich weiter: „Ich glaube wirklich, bei Ihnen täte das Heiraten not. Dieses Rezept habe ich wahrhaftig noch niemandem verschrieben. Auf Sie, verehrter Freund, aber scheint es zu passen.“ Und Gabriel schrieb 1885: „Bis jetzt habe ich noch nicht gehört, daß Sie verlobt oder gar verheiratet wären. Aber

---

<sup>†</sup> 11. 6. 1865: *Die selbständige Verpflichtung des Vermögens in ihren historischen Anfängen bei den Römern*; 19. 4. 1872: *Die Angriffe gegen das jetzt bestehende System des Erbrechts*; 13. 5. 1876: *Die Erbschaftssteuer und das Erbrecht*

## 2 Aufstieg unter Bismarck

wie ist es mit Ihnen, verehrter Herr Geheimrat? Wollen Sie Junggeselle bleiben und mir nicht auch in dieser Beziehung ein Vorbild werden?“<sup>23</sup>

Wie fleißig er war, zeigt schon seine ungeheure publizistische Tätigkeit für von Holtzendorff neben dem richterlichen Beruf. Ein Privatleben oder gar Frauenaffären traute ihm niemand zu. Die nachgewiesene Unruhe begann jetzt. Unter der generellen antisemitischen Einstellung im Justizwesen dürfte er im Reichsjustizamt nicht mehr als schon im Landgericht gelitten haben, sodaß eher ein Zusammenhang mit der vermuteten Angst plausibel ist, als Liberaler enttarnt zu werden und Bismarcks Wohlwollen zu verlieren.

Es gab über diese Gesamtsituation hinaus noch einen familiären Grund, der Kayser die Ruhe rauben konnte: eine Wut auf seinen Vater, der sich, gestützt auf Kaysers Beziehung zur Familie Bismarcks, genauso wie der Onkel nun an den Reichskanzler heranmachte:

Am 19. 3. 1882 schrieb ihm Wilhelm von Bismarck, sein Vater wolle dem Reichskanzler („Seiner Durchlaucht“) eine Matratze schenken. Man werde dieses Angebot natürlich ablehnen, und Kayser solle dies seinem Vater ausrichten. „Bei der ausgedehnten Bettform, die mein Vater führt, würde die Matratze gewiss in keine der Bettstellen passen.“ – Das muß für Kayser extrem peinlich gewesen sein. Ob des Vaters Handeln dem Klischee des *aufdringlichen und geschäftstüchtigen Ostjuden* entsprach? Kayser lehnte die Ostjuden entschieden ab; am 6. 5. 1888 schrieb er seinem Onkel, der Antisemitismus in Breslau sei „ja auch aus den vielen polnisch-jüdischen Elementen zu erklären.“

Damals muß sich Kayser, bedenkt man den obligatorischen vorausgehenden Konfirmandenunterricht, zur Konversion entschlossen haben. Die Taufe sei, so FRANK, die Voraussetzung für seinen weiteren Aufstieg gewesen: „Diesem letzten ‚Vorurteil‘, das der kaiserliche Staat den Juden entgegengesetzte, brachte auch Paul Kayser sein Opfer. Am 18. Dezember 1882 hat er sich, zusammen mit seinem Bruder Ernst, in der Neuen Kirche zu Berlin vom Prediger Hossbach evangelisch taufen lassen.“<sup>24</sup> Weder aber hatte Kayser sich taufen lassen, als es um seine Habilitation oder seine Karriere als Richter im Justizdienst ging, noch erfolgte unmittelbar nach der Taufe ein Karrieresprung. Dagegen gibt es einen schlagenden Beweis, daß Kaysers Bekehrung tiefgehend war: die Wahl Hossbachs als Taufpriester.

Theodor Hossbach, 1834-1894, seit 1861 Prediger in Berlin,<sup>25</sup> war ein profiliertes Vertreter des liberalen Protestantismus, also der Richtung, die sich gegen die zunehmende staatliche Bevormundung in der 1817 zwangsweise eingerichteten Unionskirche wehrte. Wie auch Franz von Holtzendorff und Bluntschli war er im Juli 1865 einer der Begründer des „Protestantentags“: „Wir schreiben die Gleichberechtigung der verschiedenen Richtungen auf unsere Fahne und kämpfen für ihre Anerkennung gegen alles hierarchische und unduldsame Wesen.“ Am

13. 5. 1877 hielt Hossbach in der Jakobikirche eine Gastpredigt über die „Einigkeit im Geiste“ (Eph. 4, 3), „gegen die Fesseln des Buchstabens und den Verketzerungseifer“. Er wurde daraufhin zum Pfarrer gewählt. Nach der Wahl brach eine Sturmflut von Protesten los. Die Bestätigung der Wahl wurde vom Konsistorium versagt. Wilhelm I. höchstpersönlich verlangte die Amtsentsetzung. Dennoch wurde Hossbach im Herbst 1877 schließlich zweiter Vorsitzender der Berliner Stadtsynode und am 20. 2. 1881 als Prediger an der Neuen Kirche in Berlin (dem berühmten „Deutschen Dom“) eingeführt.

Ein Vierteljahr vor Kaysers Taufe hatte Hossbach zur Hilfe für eine antisemitisch verfolgte Familie aufgerufen. Darauf sei „die Schale des Zorns über mich ausgegossen worden darüber, dass ich als evangelischer Geistlicher für einen Juden sammeln könne.“ Gegen ihn seien „geharnischte“ Artikel erschienen, er sei „von antisemitischer Seite mit Schmähungen überhäuft“ worden, man habe ihn beschuldigt, er „sei von den Juden bestochen worden.“ Diese „Leidenschaft des Hasses“ habe „den Boden des Christentums unter den Füßen verloren.“<sup>26</sup> Hossbach ließ sogar den Katholiken Max von Forckenbeck in St. Nicolai beerdigen. Dieser war im Kulturkampf gegen die ultramontane Orthodoxie aufgetreten und hatte sich an den kirchlichen Gerichtshöfen beteiligt. Deshalb hatte ihm die katholische Kirche das kirchliche Begräbnis verweigert.

Es ist undenkbar, daß ein so engagierter Prediger jemanden getauft hätte, dessen Bekehrung ihm oberflächlich erschienen wäre; umgekehrt wäre es unsinnig gewesen, ausgerechnet Hossbach zu wählen, wäre es Kayser nur um das *Entrée-billet* gegangen. Kayser war also Christ aus Überzeugung; die liberale Haltung Hossbachs hatte ihn angezogen. Auch nach der Übernahme der Kolonialabteilung habe er „um jeden Preis als Dezernent für Kirchensachen in der politischen Abteilung bleiben“ wollen<sup>27</sup> und bewies in seiner Politik durchweg eine religiös tolerante und katolikenfreundliche Haltung.

Bruder Ernst studierte ab dem WS 1879/80 Jura in Berlin. Die Mutter hätte vermutlich ihre Söhne gerne wie ihren Bruder getauft gesehen und der Vater mag dies lange Zeit verhindert haben. Darauf wurde 1882 also keine Rücksicht mehr genommen und beide Söhne ließen sich zusammen taufen. – Es gibt Hinweise darauf, daß es damals zu einem Bruch mit dem Vater kam:

Gabriel grüßt am 22. 6. 1884 und in seinen weiteren Briefen regelmäßig „Sie und Ihre Angehörigen“ oder „die Ihrigen“. Am 10. 9. 1886 schickt er Tee mit dem Zusatz „Präsentieren Sie ihn Ihrer Frau Mutter.“ – Wrangel gratulierte am 19. 4. 1885 zu Kaysers im November erfolgten Ernennung zum Geheimen Regierungsrat auch „im Sinne Ihrer Frau Mutter, deren Stütze und Stolz Sie sind.“ Seiner Mutter *Stütze* hätte Kayser bei einer intakten Ehe der Eltern nicht zu sein brauchen. – Galli läßt am 6. 8. 1888 Grüße an die Mutter ausrichten. – Alfred von Bülow schreibt am 9. 8. 1888:<sup>28</sup> „Ihrer Frau Mutter und Herrn Bruder geht es

## 2 Aufstieg unter Bismarck

hoffentlich recht gut. Bitte empfehlen Sie mich beiden angelegentlich.“\* – Jacobi bedankt sich am 16. 11. 1888 für ein Geschenk „Ihrer Frau Mutter“.<sup>†</sup>

Weder ein „Vater“ noch die „Eltern“ tauchen in diesen Grußformeln auf. Allerdings beginnt der erhaltene private Briefwechsel erst 1883. Nur die Briefe Wilhelm von Bismarcks reichen bis 1880 zurück, er scheint aber nie privat bei Kayser zu Besuch gewesen zu sein und gibt auch nie Grüße an Angehörige auf.

Nicht nur sein Vater, auch andere Teile der Verwandtschaft bereiteten Kayser Sorgen: Am 21. 12. 1881 berichtet ihm ein gewisser Doernberg, vermutlich Arzt, über einen „Axel“ und dessen „Paroxysmen“, über die er schon mit Kaysers Vater gesprochen habe.<sup>29</sup> Jede Einwirkung auf Axel werde wirkungslos bleiben, wenn dieser nicht in irgendeiner Stellung einen festen Punkt gefunden habe. Nur dadurch, nicht durch irgendeine Behandlung, sei er überhaupt „der Gesellschaft zurückzugewinnen“. Das klingt nach einer ernsthaften geistigen Erkrankung. Vermutlich hatte Kayser als zahlungskräftigstes Familienmitglied auch für dessen Behandlung aufzukommen; ein Teil seiner vielfach beklagten familiären Lasten.

Da Kayser Ernst als seinen „einzigsten, von mir erzogenen“ Bruder bezeichnet, wird hier davon ausgegangen, daß er der ältere von diesen zweien war. Mit viel Spekulation könnte man es auch so interpretieren, daß ein anderer Bruder Axel Ende 1894 bereits tot und dadurch Ernst damals der „einzige“ (noch lebende) war. An der grundsätzlichen Sicht von Kaysers Persönlichkeit (*Mutters Stütze und Stolz*) würde das nicht viel ändern.

## 2.2 Versetzung in das Auswärtige Amt und erste Angriffe

Kayser wurde am 14. 7. 1884 im neu errichteten Reichsversicherungsamt unter Beförderung zum Geh. Regierungsrat das erste ständige Mitglied dieser Behörde. Gleichzeitig war er schon im Sommer vertretungsweise in der Reichskanzlei beschäftigt, am 2. 3. 1885 wurde er in das Auswärtige Amt überstellt und wechselte am 23. 4. endgültig hinüber.<sup>30</sup>

Das Reichsversicherungsamt wurde am 11. 7. 1884 mit einem Präsidenten, zwei auf Lebenszeit ernannten ständigen Mitarbeitern [einer davon also Kayser] und fünf Bürobekleideten begründet. Das Unfallversicherungsgesetz bestand seit dem 6. 7. 1884; am 31. 12. 1885 waren schon 2,84 Millionen versicherte Arbeiter gemeldet, deren Zahl sich durch die bereits vorbereitete „Ausdehnungsgesetzgebung“ rasch vermehren sollten. Das Reichsversicherungsamt war als oberste Verwaltungs- und Aufsichtsbehörde auch der höchste Gerichtshof für die Unfallversicherung.

\* Während seines Studiums in Berlin hatte Bruder Ernst drei verschiedene – also eigene – Adressen.

† Karl Rudolf Jacobi, 1828–1903, preußisches Handels- und Staatsministerium, ab 1891 Mitglied des Kolonialrates; BA BERLIN Nachlaß Kayser N 2139/8

Inhaltlich ging es um das Haftungsrecht, genauso wie im Genossenschafts- und dem neuen Aktiengesellschaftsgesetz, an welchen Kayser bereits mitgearbeitet hatte. Er war zu Recht *das erste ständige Mitglied*.

Bismarcks Interesse am *Staatssozialismus* war inzwischen merklich geschwunden. Die Sozialdemokraten hatten in den Reichstagswahlen 1884 trotz des Sozialprogramms ihren Stimmen- und Sitzanteil beträchtlich vermehrt. Die Geschichtsschreibung ist sich nicht einig, aus welchen Motiven Bismarck vorübergehend eine aktive Kolonialpolitik trieb. Möglicherweise wollte er, innenpolitisch in bedrängter Lage, die kolonialpolitischen Strömungen populistisch für sich ausnutzen, und die Versetzung Kaysers, des Spezialisten für staatsrechtliche Fragen, in das Auswärtige Amt hinge damit zusammen. Wilhelm von Bismarck ging 1884 als Landrat nach Hanau und man brauchte einen Nachfolger. Kayser übernahm auch dessen Tätigkeit als gelegentlicher Protokollführer im Staatsrat. Er kam zunächst als Vortragender Rat in die neugegründete Rechtsabteilung, in welcher er bis zum Ende seiner Laufbahn im Auswärtigen Amt verblieb.

Er war über diese Versetzung nicht glücklich. Wrangel fühlte sich in seinem oben erwähnten Brief aufgerufen, Kayser zu trösten: „Unbeschadet Ihres gemachten Bedauerns, der so tief in unser Volksleben einschneidenden Reform nunmehr entrückt zu sein, wird der Gedanke, jetzt eine weniger gesundheitlich aufreibende Karriere zu verfolgen, Ihnen ein willkommener sein.“

Später behauptete Kayser Eulenburg gegenüber (am 6. 2. 1890) ganz im Gegenteil, er habe sich „im Reichsversicherungsamt, wo ich der großen politischen Tätigkeit fern lebte, nicht glücklich“ gefühlt; diese Äußerung scheint eine Bestätigung des althergebrachten Vorwurfs der Karrieresucht. Damals allerdings ging es ihm um die Hilfe Eulenburgs bei seinem weiteren Aufstieg in der Situation nach den Arbeiterlassen.

1885 jedenfalls konnte ihn Wrangel schon einen Monat später loben (19. 5): „Daß Sie unentwegt ihre Laufbahn verfolgen und sich nicht um kleinliche und selbstsüchtige Mißgunst anderer kümmern . . . Niemand, der es zu etwas gebracht hat, entgeht dieser Anfeindung.“ – Offenbar brauchte Kayser genau dies Lob – und diesen Trost.

Etwas später wurde er von der orthodox-jüdischen LAUBHÜTTE, der vierzehntägigen Beilage der „Deutschen Israelitischen Zeitung“, wegen seines Übertritts zum Christentum angegriffen. Im Gegensatz zu ihm habe der Legationsrat Cahn standhaft die Konversion verweigert und deshalb Bismarcks Respekt gehabt:

*„Berlin, 8. Juli. (Ein schönes Wort vom Fürsten Bismarck.) Bis vor kurzer Zeit waren im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zwei Juden als Hilfsarbeiter beschäftigt. Beiden wurden Winke erteilt, wie sie Schwierigkeiten, die ihrer Beförderung ent-*

## 2 Aufstieg unter Bismarck

*gegenstanden, beseitigen könnten. Der eine [Kayser] verstand den Wink, ließ sich taufen und wurde alsbald befördert. Der Andere, Herr Dr. Cahn, ließ die betreffenden Winke unbeachtet. Vor einiger Zeit wurde nun auch er danach zum Kaiserlichen Legationsrat ernannt. Der Chef des auswärtigen Amtes ist bekanntlich der Reichskanzler, Fürst Bismarck. Als dem Fürsten der neuernannte Legationsrat vorgestellt wurde, sagte er zu ihm: „Wir haben Sie als tapferen Mann kennen gelernt; ich gratuliere zum Avancement“.\**

Dieser Vergleich hinkte: Cahn\* hatte in der Orientalistik promoviert und war erst mit 36 Jahren als Seiteneinsteiger in das Auswärtige Amt gekommen. Kayser dagegen befand sich, ob durch Protektion oder aufgrund herausragender Leistungen, schon ab dem Alter von 23 ohne Taufe in der normalen Juristenlaufbahn; die Taufe lag bei der Versetzung in das Auswärtige Amt schon über zwei Jahre zurück.

Daß er dann aber ab Herbst 1886 als Nachfolger Buchers in der politischen Abteilung beschäftigt wurde, beschäftigte die Öffentlichkeit:

Bucher† war seit 1864 der engste Berater und *Graue Eminenz* bei Bismarck. Wegen seiner linksliberalen politischen Vergangenheit konnte er nicht höher aufsteigen. Er habe sich mit den Söhnen des Reichskanzlers schlecht vertragen, die ihm seine Vertrauensstellung geneidet hätten. Sein Rücktritt am 16. 5. 1886 „aus Gesundheitsgründen“ soll durch Streitigkeiten mit dem neuen Staatssekretär des Äußeren Herbert von Bismarck erfolgt sein.

Ein Artikel der FRANKFURTER ZEITUNG vom 6. 10. 1886 befaßte sich zunächst zu einem guten Drittel mit den Personalveränderungen im Auswärtigen Amt. Bucher sei „ohne Sang und Klang aus dem Dienste geschieden“. Danach aber ging es fast nur noch um Kayser, der – in eigentlich recht neutraler Form – der Leserschaft bekannt gemacht wurde:

*„Dieser war vor nicht allzu vielen Jahren Stadtrichter hierselbst und pflegte die Mußestunden, welche ihm seine richterliche Tätigkeit ließ, damit auszufüllen, die jungen Herren, welche sich der diplomatischen Karriere widmen wollten, für das sogenannte diplomatische Examen vorzubereiten. In dieser Beschäftigung trat er der Familie*

---

\* Hervorhebungen original

\* Wilhelm Cahn, 1839-1920, 1886 Legationsrat und ständiger Hilfsarbeiter, 1897 Geheimer Legationsrat im Auswärtigen Amt

† Lothar Bucher, 1817-1892, Jurist, linksliberaler Politiker und Journalist, Mitglied der Nationalversammlung 1848, 1849 zu Festungshaft verurteilt, bis 1861 nach England emigriert, 1864 im Auswärtigen Amt, 1865 als Legationsrat

*des Fürsten Bismarck näher, und seine Geschicklichkeit verbunden mit hervorragenden Kenntnissen, eröffnete ihm eine aussichtsvolle Laufbahn. Schon nach wenigen Monaten trat er in das Auswärtige Amt über, wo er zuerst bei der Rechtsabteilung beschäftigt wurde, jetzt aber als Nachfolger Buchers in die politische Abteilung berufen worden ist. Man kann sich in der Annahme wohl nicht täuschen, daß er bestimmt ist, in dasselbe Verhältnis zum Grafen Bismarck zu treten, welches früher zwischen dessen Vater und Lothar Bucher bestanden hat. Die Wünsche Kaysers sind wohl längst auf eine diplomatische Tätigkeit gerichtet gewesen; wahrscheinlich konnten sie aber ihrer Befriedigung erst näher geführt werden, als er sich vor einigen Jahren entschlossen hatte, seinen Übertritt zum Christentum zu vollziehen.“*

Der folgende letzte Satz erwies sich als prophetisch:

*„So unbefangen der Kanzler auch, zum großen Ärger unserer offenen oder verkappten Antisemiten, über die konfessionellen Verhältnisse seiner Mitarbeiter denken mag, so schwer würde es doch einem Juden sein, in der diplomatischen Gesellschaft Fuß zu fassen; man braucht in dieser Beziehung nur an die Aufregung zu denken, die entstand, als der Präsident der Vereinigten Staaten einen Gesandten nach Wien schicken wollte, dessen Frau Jüdin war.“*

Der Artikel wurde mehrfach nachgedruckt. Im „Hamburger Korrespondenten“ z. B. versah man ihn zusätzlich mit einem spitzen Kommentar: [Bucher] „war Wirklicher Geheimer Legationsrat und Erster Vortragender Rat der politischen Abteilung, während Herr Kayser Wirklicher Legationsrat ist und als solcher noch eine Reihe von Geheimen Legationsräten und Wirklichen Geheimen Legationsräten vor sich hat.“<sup>31</sup>

Einen dieser Artikel sandte Kayser empört an Wilhelm von Bismarck, der in dem bereits erwähnten Brief vom 14. 10. 1886 antwortete. Nicht zum letzten Mal kritisierte er Kaysers Empfindlichkeit:

*„Herrgott, mein lieber Kayser, was sind Sie empfindlich. Ich dachte Wunder was für Scheußlichkeiten gegen Sie geschrieben worden wären, und dass Sie Sich vielleicht sogar irgend etwas vorzuwerfen hätten, aber, was in dem Ausschnitt steht, sind ja eigentlich nur Tatsachen u. gar keine pudenda. Dass Ihr Judentum seinerzeit gerade für den ängstlichen Friedberg in jeder Beziehung ein Hindernis war, wird Ihnen so bekannt sein, wie mir; es hat mir seinerzeit Schwierigkeiten gemacht, etwas für Sie rauszuschlagen. Das ist nun einmal so u. Sie können umso stolzer sein, dass Sie trotzdem damals*

## 2 Aufstieg unter Bismarck

*im RJA eingestellt wurden. Tun Sie doch der alten Giftküche um Bucher nicht den Gefallen sich zu ärgern, u. seien Sie versichert, dass die Zeitungspolemik an meinem Vater und Bruder spurlos vorübergeht.“ Wenn die Leute nichts Schlimmeres machten als „solche kleinen Malicen ... Was wollen Sie denn tun bei Verbreitung gemeiner Lügen über Ihre Person, wenn Sie bei der einfachen landesüblichen Bosheit in Harnisch geraten?“ Das Wirksamste sei das Schweigen und „den Ärger hinunter schlucken. Sie erfüllen ihre Pflicht, wie ich höre, zur vollkommenen Zufriedenheit u. Anerkennung, was wollen Sie sich über diese Schufte quälen. Schwamm drüber! Mit herzlichem Gruße stets der Ihrige, Wilhelm.“*

Wilhelm nahm also an, Buchers Ärger über die personellen Veränderungen im Amt hätten zu dieser Presseintrige geführt. Über irgendwelche speziellen Vorbehalte Buchers gegen Kayser ist nichts bekannt. Die Haupttendenz dieses Artikels war es, allgemein die Bismarcksche Personalpolitik dar- oder bloßzustellen mit der sang- und klanglosen Verabschiedung Buchers und der raschen Beförderung seines Sohnes Herbert; dazu gehörte auch der schnelle Aufstieg Kayzers. Es mag sein, daß andere Blätter den Fall Kayser stärker betonten:

Auch die LAUBHÜTTE druckte am 11. 10. 1886 jenen Artikel ab, allerdings nur die Kayser betreffenden Passagen, und fügte noch hämisch hinzu, Kayser sei „als Jude geboren“, und wiederholte sehr giftig: „Dr. Cahn, welcher diesen Rat [zur Taufe] nicht befolgte, ist übrigens trotzdem Legationsrat geworden, wenn auch nicht in der politischen Abteilung.“ Die in der „Frankfurter“ noch folgenden Sätze zur Toleranz Bismarcks und den Schwierigkeiten eines Juden, *in der diplomatischen Gesellschaft Fuß zu fassen*, fehlten.

GLAGAU übernahm in seiner Zeitschrift „Der Kulturkämpfer“ die Kayser betreffenden Passagen und fügte den Kommentar der LAUBHÜTTE hinzu: Eine ebenso glänzende Karriere wie Lindau\* habe Kayser gemacht: so „lotste er den zweiten Sohn des Kanzlers ... durch die Klippen des Assessor-Examens, und trat dadurch dem Fürsten näher. Er kam ins Reichs-Justizamt und später ins Auswärtige Amt, worauf er sich taufen ließ, und kürzlich zum Wirklichen Legationsrat befördert wurde. Ein Jüdisches Blatt bemerkt spöttisch: auch Dr. W. Cahn erhielt den Rat, zum Christentum überzutreten, habe ihn aber nicht befolgt, und sei trotzdem zum Legationsrat ernannt worden, wenn auch nicht in der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts. In derselben Nummer schreibt dasselbe Blatt

---

\* Lindau, Rudolf, 1829-1910, Sohn eines konvertierten Juden, Journalist und Schriftsteller, Kriegsberichterstatter 1870, ab 1973 an der deutschen Botschaft in Paris, von daher Bekanntschaft mit Hohenlohe, 1878 nach Berlin, 1880-1892 Wirklicher Legationsrat und Pressereferent im Auswärtigen Amt



an einer anderen Stelle: „Die Juden, die sich ‚bekehren‘ lassen, sind doch nur ‚Lumpen‘, weiter nichts.“<sup>32</sup>

Diese Stellen bei GLAGAU wiederum zitierte später der geistesranke Antisemit Carl PAASCH, unter dessen Angriffen Kayser 1891/92 sehr zu leiden hatte (siehe S. 119).<sup>33</sup>

Sogar der VORWÄRTS spottete am 14. 4. 1892 über den „strebsamen“ Kayser als einen „Trainer der Kanzlersprossen, der durch den Gang zum Taufbecken sich von dem alten Bunde trennte“.

Vom Datum her allerdings konnte der an Wilhelm von Bismarck übersandte Ausschnitt nicht aus DIE LAUBHÜTTE oder dem VORWÄRTS stammen.

Die Taufe eines erwachsenen Juden war durchaus etwas Besonderes. Kayser und sein Bruder waren 1882 in Berlin zwei der insgesamt nur 51 jüdischen Täuflinge. 1880 waren es in Preußen 120 von 363.790 Juden insgesamt, in Berlin 43 von 53.949.<sup>34</sup> Getaufte Kinder jüdischer Eltern galten von vornherein als geborene Christen und tauchten in der Konversionsstatistik nicht auf; nur durch diese und die Kinder aus den „Mischehen“ gab es eine Zunahme des „jüdischen“ und „halbjüdischen“ Elements unter der Bevölkerung. Man behauptete, die Täuflinge seien vorwiegend „Streber, die nach Ehren und Ehrenstellen lechzen“ und „die Kreise, aus denen sich die Täuflinge rekrutieren, sind vorzugsweise die Spitzen der Gesellschaft, die Geld- und Geistes-Aristokratie.“ Um solche Fälle zu vermeiden gab es seit 1879 klare Vorgaben des Konsistoriums. Im Täuflingsunterricht wurde die Ernsthaftigkeit des neuen Glaubens geprüft. Der Getaufte entfremdete sich seinen eigenen Leuten, die ihn als Verräter mißachteten:

*„Getauft! Nun seid ihr frei von Schande,  
mit der Germanen Ruhm geziert!  
Was einst die Väter, leidumnachtet,  
mit wundersamer Kraft gefeit,  
das wird vom Enkel nun verachtet,  
gewechselt wie ein Werktagskleid.*

*Ist's nicht der schnöden Selbstsucht Locken,  
was Euch vom alten Pfade reißt?  
Die Hoffnung, daß auch Euch ein Brocken  
vielleicht vom Tisch der Ehren speißt?“*<sup>35</sup>

Sogar manche unter den Antisemiten machten wie der Bestseller - Autor LANGBEHN\* große Unterschiede zwischen den gläubigen Altvorderen, die sie eher achteten, und jenen haltlosen dem Mammon verfallenen *Börsenjuden*. DIE LAUB-

\* Julius LANGBEHN, 1851-1907, 1890: *Rembrandt als Erzieher*, über 40 Auflagen bis 1942 (vgl. hierzu STERN 1961: *Kulturpessimismus als politische Gefahr*)

## 2 Aufstieg unter Bismarck

HÜTTE glossierte am 1. 1. 1890 in derselben hämischen Weise wie bei Kaysers Taufe, wie Emin Paschas Vater die jüdische Abkunft seines Sohnes Eduard verschleierte hatte. Dieser<sup>†</sup> war damals einer der gefeierten Reichskommissare in Ostafrika, ein heimgekehrter Held, statt im englischen, nun im Dienste seines deutschen Vaterlands. Im Geburtsregister der Synagoge hatte sein Vater für sich den Vornamen „Lebel“, für seinen Sohn „Isaak“ eintragen lassen; auf dem Standesamt machte er „Louis“ und „Eduard“ daraus.

Als erwachsener Konvertit mit einem weiter dem alten Glauben anhängenden Vater in Unfrieden zu leben, ist schwer genug; umso schlimmer, wenn man deshalb auch von den anderen als Verräter betrachtet und gemieden wird. Die Brücken nach außen sind abgebrochen. Auch innerlich bleibt eine Lücke; was kann sie füllen? Der Glaube an das moderne neue Deutschland? Der Kaiser mit seiner Sozialpolitik? Auf jeden Fall bestehen Schuldgefühle und ein hoher Gewissensdruck, den Abfall vom Glauben zu rechtfertigen. Daß dies zu Kaysers fortdauernder nervöser Unruhe beitrug, sollte nachvollziehbar sein. Als er 1891-1893 wegen seines Vater erpresst wurde, fürchtete er, daß „mein Seiltanz mit meinem Absturz endet.“<sup>36</sup>

Sein Onkel machte ihm weiter zu schaffen, der sich sogar in der fortschrittlichen Schweiz mißliebig gemacht hatte. Der berühmte Nationalökonom Oncken wollte von oben eine Neuordnung des Doktoratsreglement im Sinne seiner positivistischen Rechtsauffassung durchsetzen. Baron organisierte den Widerstand der Universität Bern zusammen mit Zürich und Basel. Darüber wurde er bei der Obrigkeit einer der „bestgehaßten“ Professoren.

Vor einer Rückkehr nach Deutschland wurde seine Gesinnung 1886 aufgrund der Berichte aus Bern beurteilt. Der mit Kayser befreundete Botschaftssekretär Alfred von Bülow schrieb ihm: Baron habe sich unmöglich gemacht, weil er „bei Gelegenheit des kaiserlichen Geburtstages im vergangenen Jahr in so schroffer Weise abgelehnt hatte“, an einer Huldigung „teilzunehmen und zwar mit dem Bemerkten, er könne sich nicht in den Geruch der Servilität bringen.“<sup>37</sup> Es würde Baron nicht „den Weg nach Berlin ebnen“, wenn er sich zu Meinungen in Widerspruch setze, „die der Mehrzahl braver und rechtlich denkender Deutscher heilig sind ... Bei einem so unberechenbaren Menschen wie das Professor Baron ist,“ sollte er diesen Eindruck durch einen Besuch des Kaiserfestes 1886 ausgleichen. Dies geschah dann auch, sodaß Bülow berichten konnte, daß sein Vorgesetzter „an der patriotischen und loyalen Gesinnung desselben“ nicht mehr zweifele; dennoch solle Kayser „in passender Weise Schritte tun“, um seinen Onkel weiterhin von dem „auf ihm lastenden Verdacht zu reinigen.“ Als Juristen schätzte man Baron, Freunde habe er im Amte nicht.

---

<sup>†</sup> Eduard Schnitzer 1842-1892, Arzt und Abenteurer, ab 1875 als „Emin Pascha“ in ägyptischem, ab 1890 in deutschem Dienst

## *2.2 im Auswärtigen Amt: Erste Angriffe*

Baron erwartete offenbar viel von seinem Neffen und war beleidigt, als dieser ihm den Rat gab, es lieber in Greifswald zu versuchen. Kayser mußte von Bülow getröstet werden (13. 3.): der andauernde Groll Barons sei ihm unverständlich, wo Kayser es so „gut und aufopfernd“ mit ihm meine. – Kayser versuchte bis 1888 immer wieder, eine Versetzung Barons von Bonn an die Universität Breslau zu erwirken.<sup>38</sup>

Kaysers exponierte sich auch hier durch seinen Einsatz für diesen freisinnigen Onkel in Widerspruch zu Bismarcks Liberalenhetze: er hatte Charakter.